



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

26. Februar 2021

# Wochenbericht KW 8

forsa | Kantar | IfD Allensbach | FG Wahlen

Wähleranteile:	Union zwischen 37 % und 34 %, SPD bei 16 % bzw. 15 % Grüne zwischen 20 % und 18 %, AfD zwischen 10 % und 8 %
Regierungszufriedenheit:	64 % bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird vor allem in der Pflege, bei bezahlbarem Wohnraum und bei der gerechten Verteilung der Steuerlast gesehen
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land positiv Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität und Gesundheitsversorgung in Deutschland
Thema der Bundesregierung:	Coronavirus
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Kantar</b> <sup>1</sup> für BamS	<b>IfD Allensbach</b> <sup>2</sup> für FAZ	<b>FG Wahlen</b> <sup>3</sup> für ZDF
CDU/CSU	35 (-)	34 (-)	37,0 (-)	35 (-2)
SPD	16 (-)	16 (-)	15,0 (-1,0)	16 (+1)
FDP	8 (+1)	8 (-)	7,0 (+0,5)	7 (+1)
DIE LINKE	7 (-1)	9 (+1)	7,0 (-0,5)	7 (-)
B'90/Grüne	19 (-)	18 (-1)	20,0 (-)	19 (-1)
AfD	8 (-)	9 (-)	9,5 (+0,5)	10 (+1)
Sonstige	7 (-)	6 (-)	4,5 (+0,5)	6 (-)
Erhebungszeitraum	16.-22.02.	18.-24.02.	04.-17.02.	23.-25.02.

Die Union liegt bei IfD Allensbach 22 (+1), bei forsa 19 (-), bei FG Wahlen 19 (-3) und bei Kantar 18 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: [forsa](#), [Kantar](#), [IfD Allensbach](#), [FG Wahlen](#))

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Markus Söder	37 (+1)
Olaf Scholz	15 (-)
Robert Habeck	18 (-)
keinen davon	30 (-1)
Erhebungszeitraum	16.-22.02.

Armin Laschet	25 (-1)
Olaf Scholz	18 (-)
Robert Habeck	21 (+1)
keinen davon	36 (-)
Erhebungszeitraum	16.-22.02.

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 22 (+1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und mit 19 (+1) Prozentpunkten deutlich vor Robert Habeck.

([Zeitreihe](#))

Armin Laschet liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 7 (-1) Prozentpunkten Abstand vor Olaf Scholz und mit 4 (-2) Prozentpunkten vor Robert Habeck.

([Zeitreihe](#))

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (28.02.2021)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 4

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 4

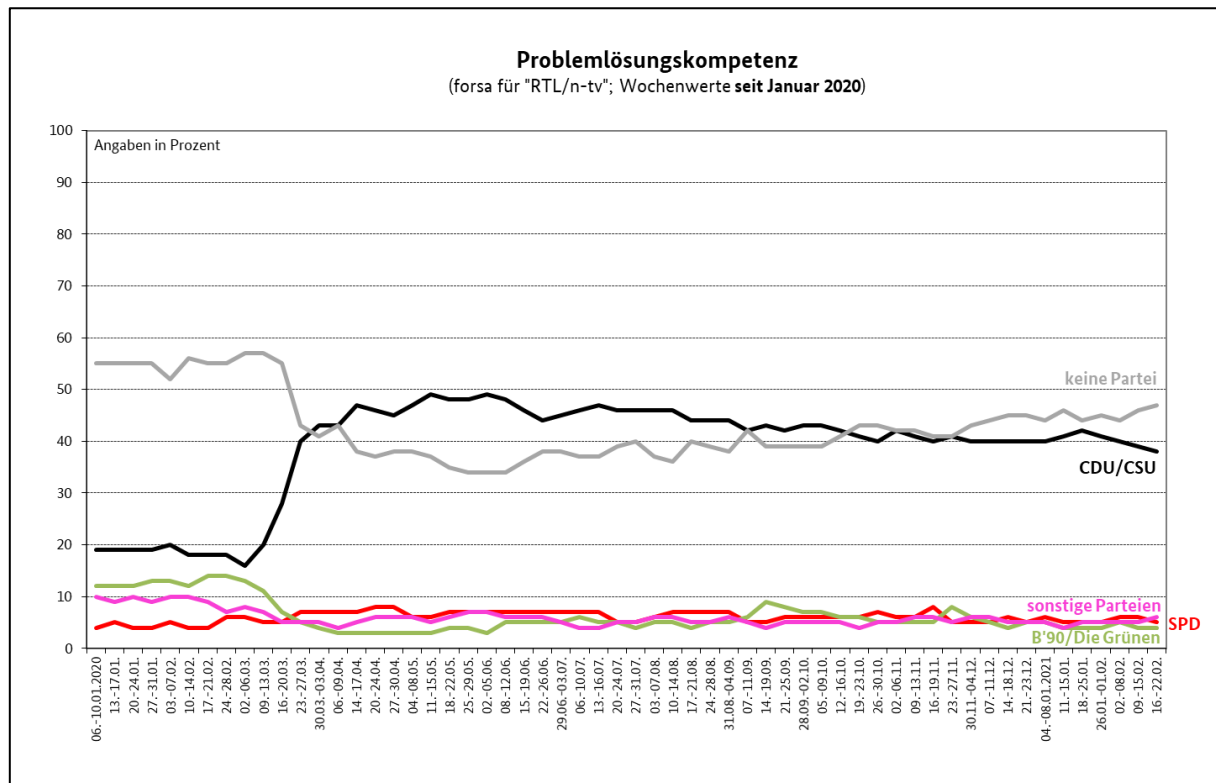
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	38	(-1)
SPD	5	(-1)
Grüne	4	(-)
sonstige Parteien	6	(+1)
keine Partei	47	(+1)
Erhebungszeitraum	16.-22.02.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, verliert die Union weiter an Zustimmung. Der Wert von 38 % ist der niedrigste seit März 2020.

Die Union liegt 9 (+2) Prozentpunkte hinter dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zu-  
trauen, aber mit 33 (-) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD.



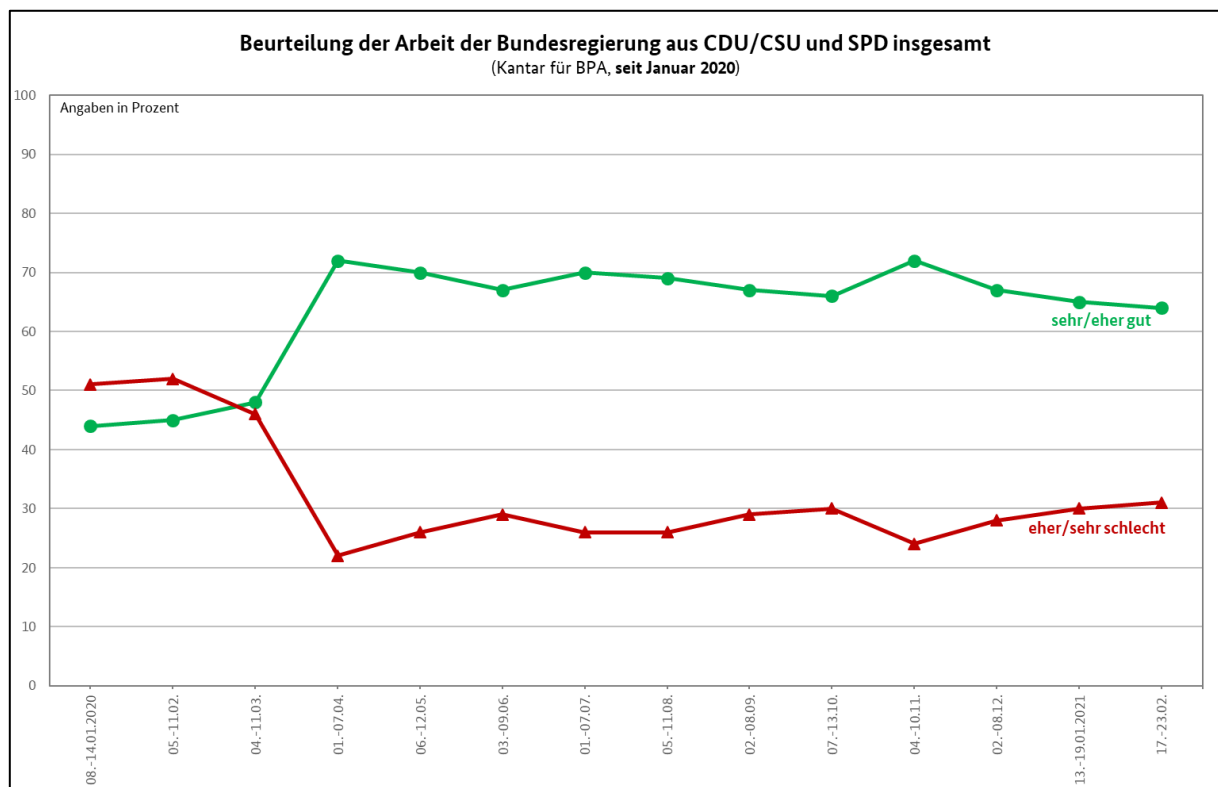
## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Februar 2021

Angaben in Prozent, im Vergleich zu Januar 2021

	Kantar für BPA	
sehr gut	5	(-)
eher gut	59	(-1)
eher schlecht	22	(+1)
sehr schlecht	9	(-)
Erhebungszeitraum	17.-23.02.	

30- bis 39-Jährige (72 %) sowie Anhänger der Union (86 %), der Grünen (77 %) und der SPD (76 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut. Personen mit hoher formaler Bildung sind deutlich häufiger zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (73 % zu 54 %).

Hingegen beurteilen Anhänger der AfD (98 %), der FDP (61 %) und der Linkspartei (56 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht. Männer sind häufiger unzufrieden als Frauen (37 % zu 26 %).



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Februar 2021

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2021

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	77 (-1)	21 (-)	0 (-1)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	68 (+1)	28 (-)	2 (-1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	64 (-1)	33 (+1)	3 (-)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-1)	34 (+2)	5 (-)	2 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	55 (-3)	37 (+3)	5 (-2)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	55 (+1)	37 (-2)	6 (-)	1 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	54 (-4)	41 (+2)	4 (+2)	1 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (+1)	40 (-)	5 (-1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	50 (-6)	42 (+5)	7 (+2)	1 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	49 (+3)	42 (-3)	7 (-1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-1)	43 (-)	6 (-1)	2 (+1)
neue Technologien fördern	43 (+3)	46 (-)	8 (-3)	1 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	40 (-1)	43 (-)	14 (-)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	40 (-6)	40 (+1)	17 (+5)	2 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (+1)	45 (-2)	12 (-)	5 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	36 (-)	42 (-3)	15 (-)	5 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (+1)	52 (-2)	11 (-)	3 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (-3)	48 (+5)	14 (-1)	6 (-)
Verbraucherschutz stärken	28 (+1)	53 (-5)	15 (+2)	2 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	26 (-4)	58 (+7)	12 (-3)	1 (-1)
Staatsschulden begrenzen	25 (-2)	46 (-5)	20 (+3)	5 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	23 (+1)	53 (-3)	19 (+1)	4 (+1)
Erhebungszeitraum	17.-23.02.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von Anhängern der Grünen (87 %) besonders oft als sehr wichtig angesehen.

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 50- bis 59-Jährigen (76 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (72 % zu 63 %).

Personen mit einfacher formaler Bildung finden die Aufgabe "Altersversorgung langfristig sichern" deutlich häufiger sehr wichtig als Personen mit hoher formaler Bildung (75 % zu 53 %), über 50-Jährige häufiger als unter 50-Jährige (69 % zu 57 %) und Frauen häufiger als Männer (69 % zu 58 %).

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Februar 2021

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2021

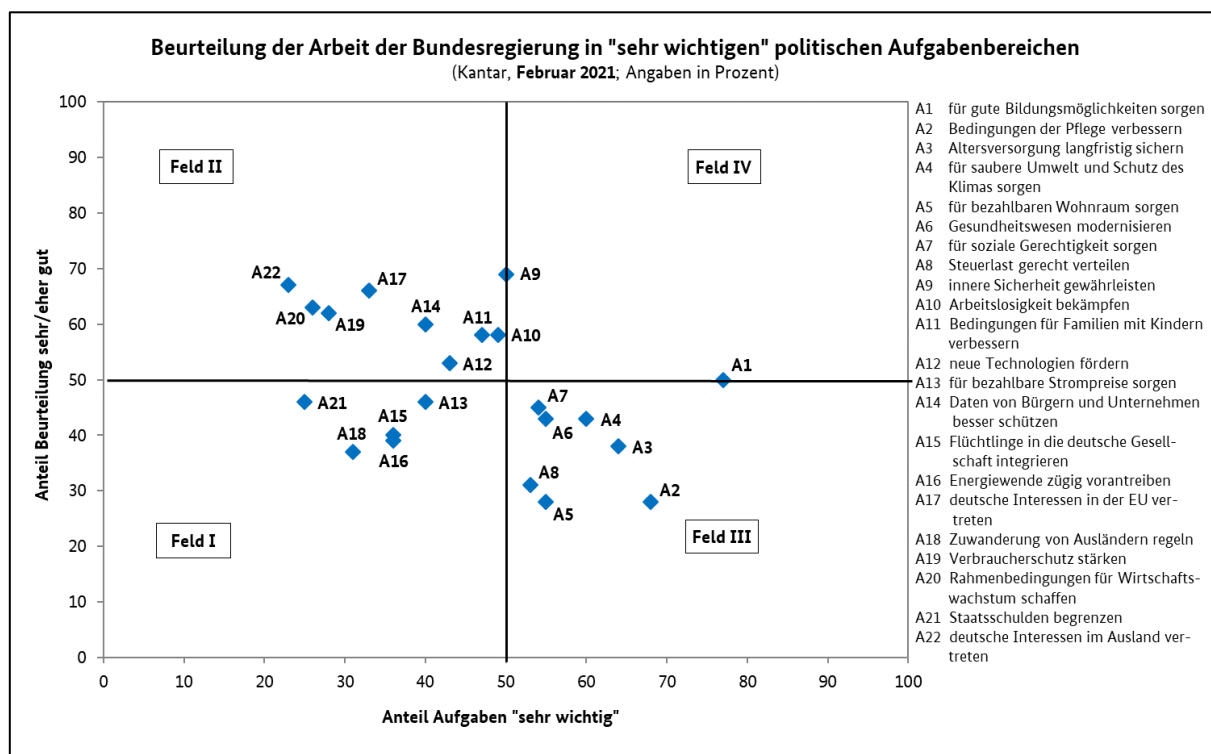
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
innere Sicherheit gewährleisten	<b>69</b> (-2)	27 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	<b>67</b> (-2)	24 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	<b>66</b> (-5)	25 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	<b>63</b> (-2)	29 (+4)
Verbraucherschutz stärken	<b>62</b> (+4)	30 (-3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	<b>60</b> (+3)	32 (-3)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	<b>58</b> (-4)	36 (+6)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	<b>58</b> (+2)	37 (-1)
neue Technologien fördern	<b>53</b> (-5)	40 (+6)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	<b>50</b> (-1)	47 (+3)
Staatsschulden begrenzen	46 (-1)	44 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	46 (+4)	46 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (-3)	<b>52</b> (+4)
Gesundheitswesen modernisieren	43 (+1)	<b>53</b> (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	43 (-4)	<b>54</b> (+4)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (-)	<b>54</b> (-)
Energiewende zügig vorantreiben	39 (-2)	<b>56</b> (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	38 (-1)	<b>57</b> (+2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (-4)	<b>57</b> (+4)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (-)	<b>64</b> (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	28 (-)	<b>67</b> (+2)
Bedingungen der Pflege verbessern	28 (-6)	<b>68</b> (+7)
Erhebungszeitraum	17.-23.02.	

In lediglich 10 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. In ebenfalls zehn Bereichen wird sie jeweils von einer Mehrheit eher negativ beurteilt.

Im Vergleich zur letzten Erhebung ist im Politikfeld "Bedingungen der Pflege verbessern" der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, um 6 Prozentpunkte gesunken.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im Februar 2021

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem in den Aufgabenbereichen „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A2) und „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A5), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A8), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3), beim Umwelt- und Klimaschutz (A4), im Aufgabenbereich „Gesundheitswesen modernisieren“ (A6) und im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A7).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat sind hier **keine** Aufgabenbereiche vertreten. Dies war letztmals im Mai 2019 der Fall.

Die Bildungspolitik (A1) liegt auf der Grenze zwischen **Feld III** und **IV**, da genau die Hälfte der Deutschen in diesem Bereich die Arbeit der Bundesregierung als gut einschätzt. Gleichzeitig wird das Thema als wichtigste politische Aufgabe gesehen.

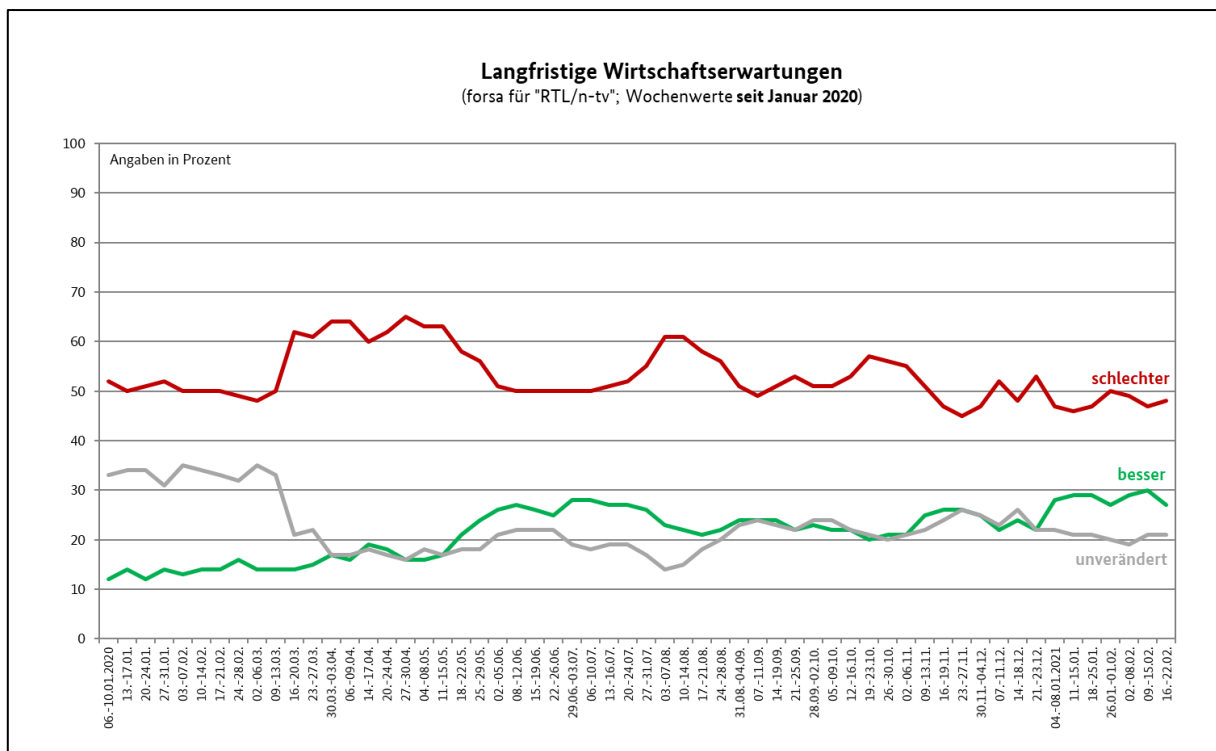
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	27	(-3)
schlechter	48	(+1)
unverändert	21	(-)
Erhebungszeitraum	16.-22.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 21 (+4) Prozentpunkte deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.





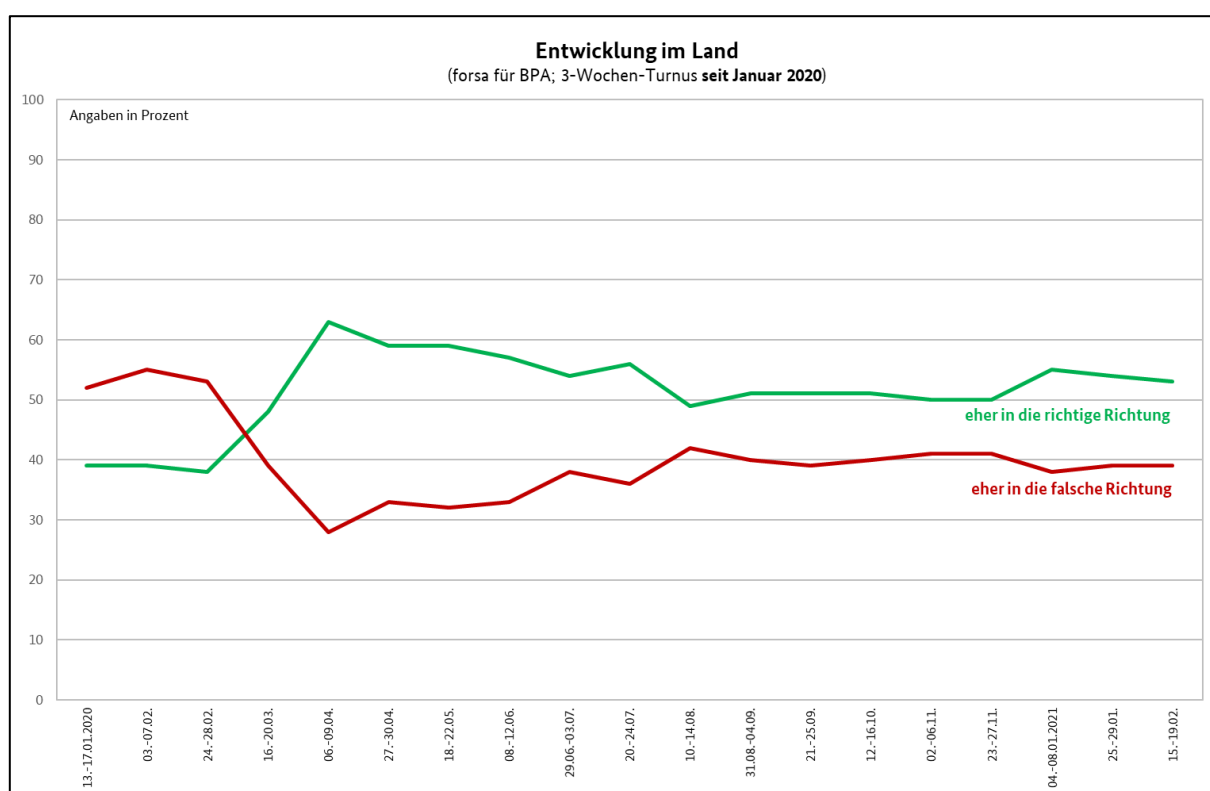
## ● Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	53 (-1)
eher in die falsche Richtung	39 (-)
Erhebungszeitraum	15.-19.02.

Anhänger der Union (73 %), der Grünen (68 %) und der SPD (62 %) sind besonders oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Ostdeutsche (51 %) und 30- bis 59-Jährige (45 %) sowie Anhänger der AfD (90 %), der FDP (59 %) und der Linkspartei (51 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	86 (-3)	13 (+3)
Gesundheitsversorgung	81 (-2)	19 (+2)
Lage am Arbeitsmarkt	60 (-1)	33 (+2)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	57 (-2)	41 (+2)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40 (-3)	51 (+3)
Umwelt- und Klimaschutz	39 (+2)	60 (-2)
Versorgung von Pflegebedürftigen	38 (-)	57 (-1)
Sicherung der Altersversorgung	38 (-3)	61 (+5)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	37 (+1)	62 (-1)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	36 (+1)	60 (-)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	33 (-1)	63 (+1)
Schul- und Bildungssystem	33 (+3)	64 (-3)
Erhebungszeitraum	15.-19.02.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Gesundheitsversorgung (81 %), der Lage am Arbeitsmarkt (60 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (57 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In acht von zwölf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

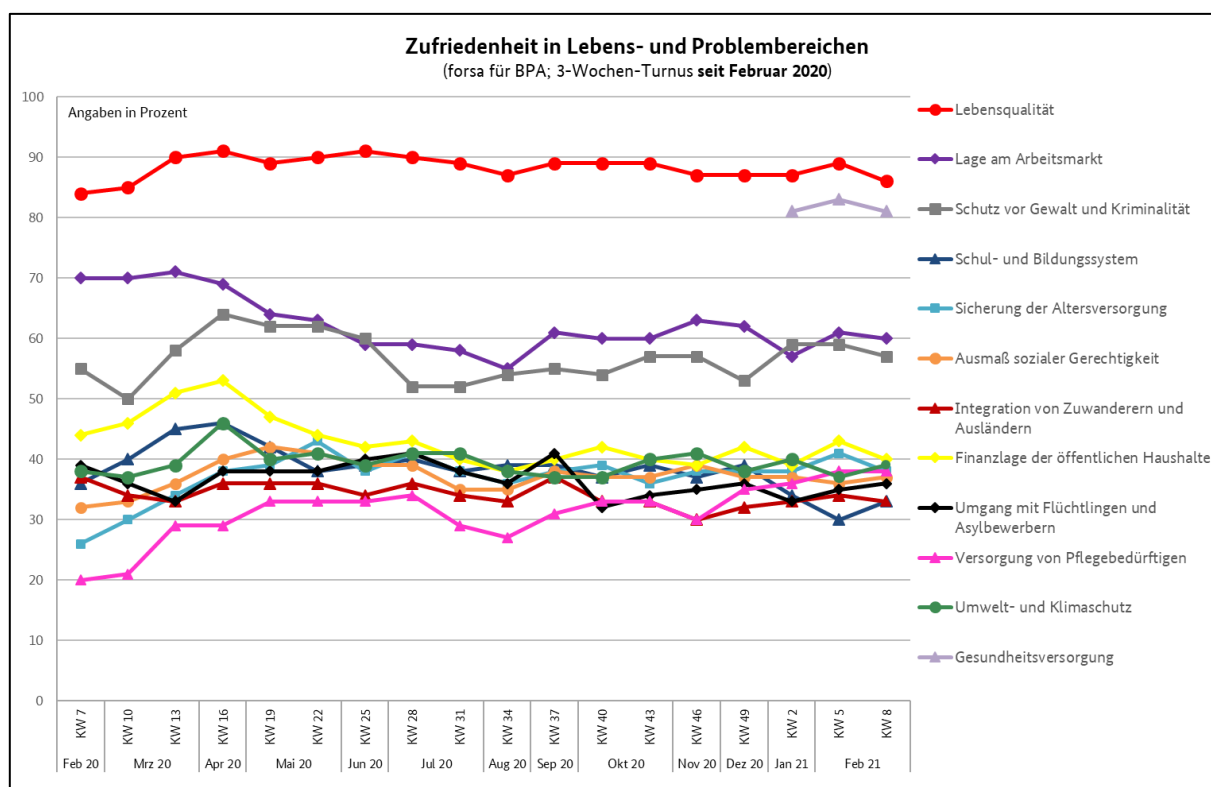
Anhänger der Grünen, der FDP (jew. 72 %) und der Union (68 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt. Gutverdiener sind deutlich häufiger (sehr) zufrieden als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (68 % zu 48 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (66 % zu 51 %) und unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (64 % zu 53 %). Anhänger der AfD (57 %) und der Linkspartei (45 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt.

Anhänger der Grünen (77 %) sind besonders oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 45-Jährige (68 % zu 49 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (64 % zu 46 %). Ostdeutsche (58 %) und Anhänger der AfD (83 %) sind besonders oft weniger bzw. gar nicht zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität.

Anhänger der Grünen (83 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz. Frauen sind häufiger unzufrieden als Männer (65 % zu 55 %).

Geringverdiener (71 %) sowie Anhänger der AfD (83 %), der Linkspartei (79 %) und der FDP (76 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung. Unter 60-Jährige sind deutlich häufiger unzufrieden als über 60-Jährige (70 % zu 49 %).

30- bis 59-Jährige (71 %) sowie Anhänger der Linkspartei (82 %) und der AfD (80 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem.

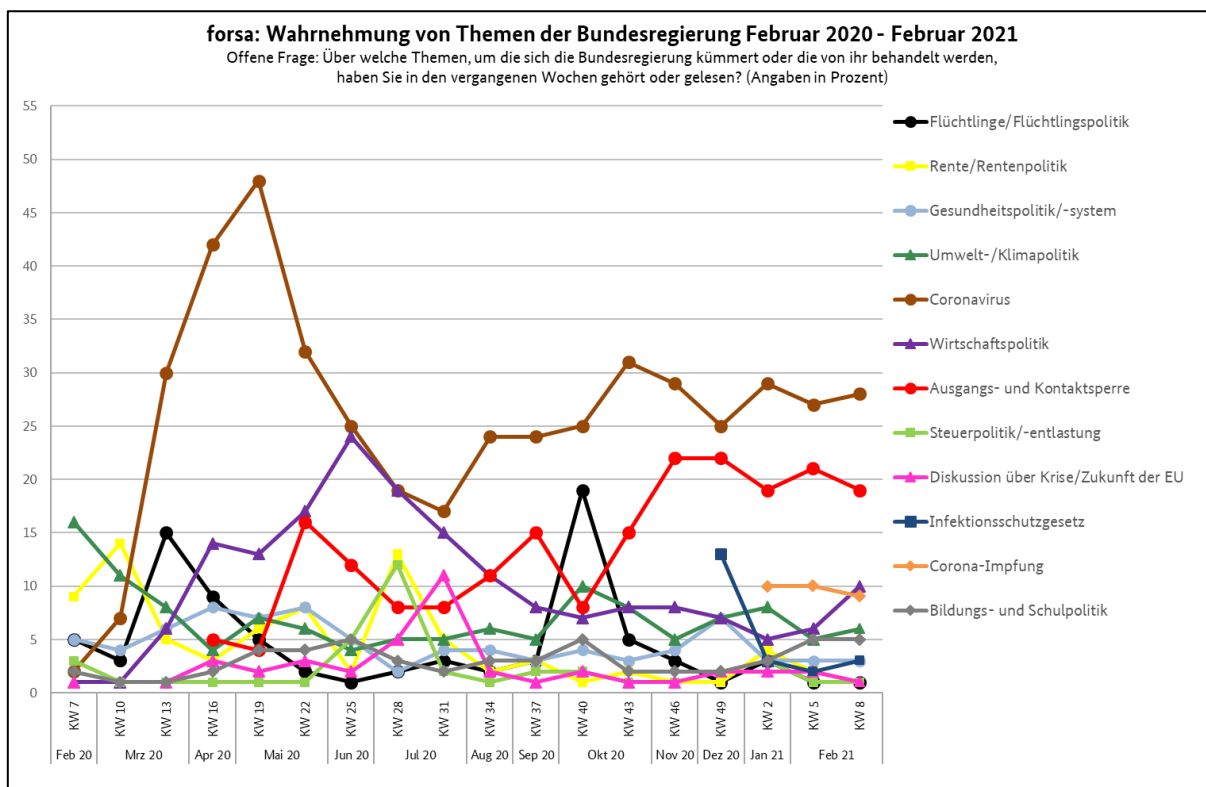


## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

	forsa für BPA
Coronavirus	28 (+1)
Ausgangs- und Kontaktsperre	19 (-2)
Wirtschaftspolitik	10 (+4)
Corona-Impfung	9 (-1)
Umwelt-/Klimapolitik	6 (+1)
Bildungs- und Schulpolitik	5 (-)
Erhebungszeitraum	15.-19.02.

Das Coronavirus ist weiterhin das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA	
Coronavirus	66	(-)
Corona-Impfung	14	(+3)
Ausgangs- und Kontaktssperre	10	(-1)
Schulbetrieb unter Corona-Bedingungen	7	(+1)
Allgemeine Wirtschaftslage	7	(-3)
Wahlen/Wahlkämpfe in Deutschland	5	(+2)
USA: Präsident Biden, Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Trump, Sturm aufs Kapitol, Wahl	5	(-5)
Erhebungszeitraum	22.-24.02.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Anhänger der Linkspartei (25 %) nennen die Corona-Impfung überdurchschnittlich häufig.

